

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich <b>Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung</b>	Datum 08.01.2007
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. <b>02202/142237</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 14.12.2006</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:10 Uhr - 20:50 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:00 - 18:07 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 26.10.2006 - öffentlicher Teil -  
612/2006**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
  - 4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters  
hier: Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts  
574/2006**
- 5. Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Regionale 2010  
591/2006**
- 6. Neues Konzept Bücherei Bensberg  
580/2006**

7. **Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (Sekundarstufen I und II)**  
*548/2006*
8. **Integrierter Kindertagesstätten und Schulentwicklungsplan**  
**hier: vorgezogene Entscheidung zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach**  
*640/2006*
15. **Einwohnerfragestunde**  
*638/2006*
9. **Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte "Bollerwagen" in Refrath**  
*545/2006 und 545a/2006*
10. **Jahresrechnung 2005**  
*557/2006*
11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**  
*584/2006*
12. **Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**  
*512/2006*
13. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006**  
*616/2006 und 639/2006*
14. **Prioritätenliste 2007**  
*625/2006*
16. **Anpassung der Betriebssatzungen der Einrichtungen "Abwasserwerk" und "Abfallwirtschaftsbetrieb" an die neue Eigenbetriebsverordnung, Bildung von Stammkapital**  
*558/2006*
17. **Anpassung der Betriebssatzung der Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" an die neue Eigenbetriebsverordnung, Bildung von Stammkapital**  
*560/2006*
18. **Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**  
*622/2006*
19. **XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**  
*585/2006*
20. **Änderung der Richtlinien für die Benutzung von Räumlichkeiten in den Schul-**

- gebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten (Benutzungsrichtlinien)  
563/2006
21. **Entgelterhöhung der städtischen Max-Bruch-Musikschule ab 01.04.2007**  
552/2006
22. **Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)**  
598/2006
23. **VI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung)**  
588/2006
24. **VII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**  
628/2006
25. **I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**  
600/2006
26. **V. Nachtragssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**  
611/2006
27. **III. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach**  
629/2006
28. **1. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**  
604/2006
29. **Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)**  
627/2006
30. **Bebauungsplan Nr. 6113 - Brandroster - Ergänzendes Verfahren**  
- Beschluss zu Stellungnahmen  
- Beschluss als Satzung  
482/2006
31. **Bebauungsplan Nr. 76 - Im Bungert - 1. Änderung**  
- Beschluss als Satzung

570/2006

- 32. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 11.10.2006 zur Anfertigung von Niederschriften der Rats- und Ausschusssitzungen innerhalb von zwei Wochen nach der jeweiligen Sitzung und II. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach**  
*606/2006 und 642/2006*
- 33. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 33.1 Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss**  
*595/2006*
- 33.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.11.2006 zur Ergänzung der Stellvertreterliste im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann, im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, im Vergabeausschuss, im Sozialausschuss und im Planungsausschuss**  
*635/2006*
- 33.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.11.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**  
*511/2006*
- 34. Anträge der Fraktionen**
- 34.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2006 zur Durchführung einer Werbekampagne für die Suche nach Tages- bzw. Vollzeitpflegeeltern**  
*633/2006*
- 34.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.11.2006 zur Einhaltung des Haushalts-sicherungskonzeptes bei möglichen Mindereinnahmen im Baulandmanagement**  
*641/2006*
- 35. Anfragen der Ratsmitglieder**
- 35.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Räumlichkeiten für den eingetragenen Verein Bergisch Gladbacher Tafel**  
*647/2006*
- 35.2 Weitere Anfragen der Ratsmitglieder**

**B**     **Nicht öffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
  
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 26.10.2006 - nicht öffentlicher Teil -**  
*613/2006*
  
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
4.     **Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. (BfBB) auf Auflösung der EBGL - Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL GmbH) - erneute Beratung**  
*632/2006*
  
5.     **Ehrung mit der Silbernen Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**  
*515/2006*
  
6.     **Besetzung der Stelle Nr.: 3/37/270 -Leiterin/Leiter der Feuerwehr-**  
*486/2006*
  
7.     **Anträge der Fraktionen**
  
8.     **Anfragen der Ratsmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 15. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Albrecht, Herr Cüpper, Herr Haasbach, Herr Jung, Herr Lob, Frau Münzer (alle CDU-Fraktion), Frau Kreft (SPD-Fraktion) und Herr Schier (FDP-Fraktion) entschuldigt.

Von der Verwaltung hat sich Herr Martmann entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 01.12.2006 mit den dazugehörigen Vorlagen
- die 1. Aktualisierung mit Beratungsergebnissen der Ausschüsse vom 08.12.2006
- die 2. Aktualisierung mit Beratungsergebnissen des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 11.12.2006
- eine ergänzende Vorlage zum TOP A 8 (Tischvorlage), die den Fraktionen bereits am Montag zugeleitet worden ist
- das Beratungsergebnis aus dem Planungsausschuss zu TOP A 31 (Tischvorlage)
- das Beratungsergebnis des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zu TOP B 4 (Tischvorlage)
- einen Sachantrag der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN zu TOP A 6 (Tischvorlage)
- eine schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN zu TOP A 35 (Tischvorlage)

Auf Vorschlag von Herrn Orth wird der Sachantrag der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN unter TOP A 6 und nicht unter TOP A 34 und die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN unter TOP A 15 und nicht unter TOP A 35 behandelt.

Herr Lang stellt für die BfBB-Fraktion den Dringlichkeitsantrag, die Tagesordnung um den Punkt „Aufhebung des Beschlusses des Finanz- und Liegenschaftsausschusses über den Verkauf des früheren Zollamt-Grundstücks“ zu erweitern. Herr Lang verliest den Antrag: „Der Rat zieht die Entscheidung über den Verkauf des Zollamt-Grundstückes an sich und hebt den dazu ergangenen Beschluss des Finanz- und Liegenschaftsausschusses auf. Zur Begründung: Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat beschlossen, dem Käufer neben den früher bereits beschlossenen rund 1.800 qm weitere rund 1.000 qm anzubieten. Während der frühere Beschluss einen qm-Preis von knapp 1.000,- EUR festlegte, sind für die zusätzlichen 1.000 qm nur 100.000,- EUR mehr, also rund 100,- EUR pro qm vorgesehen. Die Kaufpreisminderung wird

mit Erschwernissen des Unternehmers begründet, die in seinem alleinigen Risikobereich liegen. Niemand sonst erhält von der Stadt einen Zuschuss, wenn der Bebauungsplan etwas anderes vorsieht, als es der Bürger wünscht. Es handelt sich infolgedessen um eine versteckte Subvention, über die der Ausschuss nicht entscheiden darf. Hierfür wäre gegebenenfalls der Rat zuständig. Wir halten aber solche Subventionen durch Kaufpreissenkungen für unzulässig. In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses haben wir eine Reihe von Fragen gestellt, die nicht oder nicht konkret beantwortet wurden. Infolgedessen ist der Beschluss ohnehin unwirksam, weil der Bürgermeister unser Informationsrecht verletzt hat.“ Die Dringlichkeit des Antrags sei dadurch begründet, dass die Stadt bei einer Durchführung des Beschlusses unwiderruflich geschädigt würde.

Herr Orth erläutert, dass er aus dieser Begründung keine Dringlichkeit schließen könne.

Herr Mömkes und Herr Waldschmidt führen aus, dass die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion dem Antrag der BfBB-Fraktion nicht zustimmen werden. Der Antrag sei im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses sei der Verkauf zudem ausführlich diskutiert worden.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag abstimmen. Für den Antrag stimmen FDP-Fraktion und BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion KIDinitiative bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN wird der Antrag mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@

## **2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@-> Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26.10.2006 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@

## **3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 26.10.2006 - öffentlicher Teil -**

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

## **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters hier: Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts**

@-> Herr Orth verweist auf die Vorlage. Diese wird vom Rat zur Kenntnis genommen.

<-@

## **5. Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Regionale 2010**

@-> Herr Ziffus wiederholt seine Änderungswünsche aus der Hauptausschusssitzung vom 05.12.2006 und bittet darum, diese auch für die Ratssitzung zu Protokoll zu nehmen:

1. durchgehende Öffnung der Strunde
2. Abgrenzung des forum-Parks von der Straße L 286 durch zweigeschossige Bebauung (keine offene Stadtpromenade zwischen Schnabelsmühle und forum-Park)
3. Riegelbebauung im Bereich des S-Bahnhofs („Kopfbahnhof“)
4. Parkraumschaffung am Quirlsberg und Nutzung bestehenden Parkraums am evangelischen Krankenhaus, Verbindung zwischen Quirlsberg und Innenstadt, z. B. durch eine Brücke (kein Parkhaus forum-Park).

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die Verwaltung wird mit der Weiterführung der Arbeiten für die Projekte

- 1) stadt: gestalten auf der Grundlage der Ausarbeitung „stadt: gestalten, Ausblick 06-07“ - s. Anlage B.
- 2) Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach auf der Grundlage der Ausarbeitung Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach, Ausblick - s. Anlage C.

beauftragt.

<-@

## 6. Neues Konzept Bücherei Bensberg

@-> Herr Mömkes und Frau Koshofer äußern sich positiv über das neue Konzept Bücherei Bensberg.

Herr Schwamborn hält die Unterbringung der Bücherei im Progymnasium für unglücklich. Die dortigen Räumlichkeiten seien für die Bücherei zu klein.

Auf eine Frage von Herrn Höring antwortet Herr Orth, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Ausschussmitglieder über den aktuellen Sachstand bezüglich der Neukonzeptionierung der Bücherei Bensberg informieren werde.

Frau Beisenherz-Galas, Herr Ziffus, Herr Dr. Baeumle-Courth und Herr Schütz erläutern, dass sie es für notwendig und wichtig halten, dass der Rat über den Antrag von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN abstimme, auch wenn heute das neue Konzept vom Rat beschlossen werde.

Frau Koshofer, Herr Kleine und Herr Orth halten dies für unnötig.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Alle Ratsmitglieder stimmen für den Antrag. Der Rat fasst damit einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Beschluss des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 04.04.2006, die Stadtteilbücherei Bensberg zum 31.12.2006 zu schließen, wird aufgehoben.



Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Zur abschließenden Neukonzeptionierung einer Bücherei in Bensberg wird aus den in der Vorlage dargestellten Ansätzen die Alternative 2 (Progymnasium) beschlossen. Dieser Beschluss erfolgt vorbehaltlich der eventuellen Zustimmung der Kommunalaufsicht sowie der Sicherstellung der Finanzierung im Haushalt des Jahres 2007.

<-@

## 7. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (Sekundarstufen I und II)

@-> Herr Dr. Miede berichtet, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport mehrheitlich, bei einer Enthaltung von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, gemäß dem Antrag der SPD-Fraktion folgende Beschlussempfehlung gefasst habe:

„Die Hauptschule Herkenrath läuft aus, d.h. im Schuljahr 2007/2008 nimmt sie keinen 5. Jahrgang mehr auf. Interessierte Schülerinnen und Schüler werden zur Hauptschule Ahornweg gehen. Bei der voraussichtlichen Schülerentwicklung ergibt sich folgendes Bild für das Schuljahr 2007/2008:

HS Herkenrath	ohne 5. Jahrgang
RS Herkenrath	2-3 Züge
Gymnasium Herkenrath	3-4 Züge
RS Ahornweg	2 Züge
HS Ahornweg	3 Züge (lt. Schulumt räumlich möglich)

Somit ergibt sich abschließend:

RS Herkenrath	-bleibt
Gymnasium Herkenrath	-bleibt
HS Herkenrath	-läuft aus
RS Ahornweg	-bleibt
HS Ahornweg	-nimmt Schülerinnen und Schüler des möglichen neuen 5. Jahrgangs der HS Herkenrath auf.“

Herr Orth ergänzt, dass sich die Schaffung einer Ganztags Hauptschule am Standort Ahornweg nach neuesten Informationen als sehr aussichtsreich darstelle. Er schlägt vor, den Beschluss, abweichend von der Beschlussempfehlung, wie folgt zu fassen:

„Die Hauptschule Herkenrath läuft aus, d.h. im Schuljahr 2007/2008 nimmt sie keinen 5. Jahrgang mehr auf. Interessierte Schülerinnen und Schüler werden zur Hauptschule Ahornweg gehen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, alle notwendigen Vorbereitungen und Entscheidungen zu treffen, damit am Standort Ahornweg eine neue Ganztagschule entstehen kann.“

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es richtig sei, dass mit dem Beschluss keine Zügigkeitsbegrenzung für die Bergisch Gladbacher Gymnasien beschlossen werde. Herr Orth antwortet, dass die Vorlage 548/2006 eine Begrenzung auf insgesamt 44 Züge vorsehe. Für diese Vorlage sei vom Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport jedoch keine Beschlussempfehlung gefasst worden. Die Beschlussempfehlung

des Ausschusses sei auf den Seiten 8 und 9 der 2. Aktualisierung vom 11.12.2006 aufgeführt.

Herr Dr. Miede erläutert, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nur über die Zügigkeit der Schulzentren in Herkenrath und am Ahornweg beraten und eine entsprechende Beschlussempfehlung gefasst habe. Die Zügigkeiten der anderen Schulen seien noch zu beraten und zu beschließen. § 82 Schulgesetz verpflichte jeden kommunalen Schulträger, die Zügigkeit seiner Schulen festzulegen.

Auf Fragen von Herrn Lang antworten Herr Orth und Herr Dr. Speer, dass Gespräche mit den betroffenen Schulleitungen geführt worden seien: Eine erste Gesprächsrunde habe im Vorfeld, weitere Gespräche nach der Ausschusssitzung stattgefunden.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich bei zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Hauptschule Herkenrath läuft aus, d.h. im Schuljahr 2007/2008 nimmt sie keinen 5. Jahrgang mehr auf. Interessierte Schülerinnen und Schüler werden zur Hauptschule Ahornweg gehen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, alle notwendigen Vorbereitungen und Entscheidungen zu treffen, damit am Standort Ahornweg eine neue Ganztagschule entstehen kann.

<-@

8. **Integrierter Kindertagesstätten und Schulentwicklungsplan**  
**hier: vorgezogene Entscheidung zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach**

@-> Herr Orth erläutert, dass die Vorlage 640a/2006 (Tischvorlage) heute Beschlussgrundlage für TOP A 8 sei.

Herr Freese berichtet, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss die Beschlussvorlage 640/2006 zur Kenntnis genommen habe.

Herr Dr. Fischer fragt, warum die Höhe der in Anspruch genommenen Mittel aus dem Fördertopf ZBB (ursprünglich vorgesehen: 1,725 Mio. EUR) in der neuen Vorlage nur noch 622.200,- EUR betrage.

Herr Orth erläutert, dass zunächst nur über die zwei Standorte, nämlich die Grundschulen Sand und Herkenrath (175 Plätze), entschieden und das dazu benötigte Investitionsvolumen abgerufen werden soll. Über die Einrichtung weiterer Offener Ganztagschulen werde im ersten Quartal 2007 beraten und entschieden.

Es folgen ausführliche Redebeiträge von Ratsmitgliedern über den integrierten Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan, insbesondere über den weiteren Ausbau der Offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach. Der nun erreichte Qualitätsstandard solle zumindest erhalten, wenn möglich verbessert werden.

Auf eine Frage von Frau Lehnert antwortet Herr Orth, dass in den zuständigen Fachausschüssen eine laufende Berichterstattung zum Thema „Integrierter Kindertages-

stätten- und Schulentwicklungsplan“ und über jede außerplanmäßige Entwicklung in diesem Zusammenhang durch die Verwaltung erfolgen werde. Er rechne nicht mit Rückzahlungsverpflichtungen seitens der Stadt gegenüber dem Land NRW auf Basis der heutigen Beschlussfassung.

Herr Hastrich antwortet auf Ausführungen von Herrn Kamp, dass die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel selbstverständlich gewährleistet sei.

Die Tatsache, dass die für die Einrichtung der Offenen Ganztagschulen bereitgestellten Investivmittel bereits vollständig verwendet wurden, sei dadurch begründet, dass insbesondere umfangreiche Brandschutzmaßnahmen zu realisieren gewesen seien. Diese Brandschutzmaßnahmen hätte die Stadt jedoch ohnehin früher oder später vornehmen müssen.

Die Betriebskostenförderung sei nicht Inhalt des heutigen Beschlusses. Dazu werde gemeinsam mit den freien Trägern ein Vorschlag erarbeitet.

Herr Neuheuser bittet die Verwaltung, zum Frühjahr 2007 eine Darstellung der in Anspruch genommenen Plätze der Ganztagsbetreuung, aufgeschlüsselt nach den Schuljahren 1-4, zu erstellen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in der 3. Antragsstufe bewilligten Mittel aus dem Fördertopf ZBB (Zukunft Bildung und Betreuung) die erforderliche Investition zu tätigen, um im Schuljahr 2007/08 das außerunterrichtliche Angebot in den Grundschulen Sand und Herkenrath starten zu können. Entsprechend den Förderrichtlinien können bis zu 622.200 Euro für 175 Plätze verbaut werden.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich weiterhin bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass der zur Zeit in Überarbeitung befindliche Erlass über „Zuwendungen für Investitionen und Ausstattung in Ganztagsgrundschulen“ so geändert wird, dass dort realistische Zeitpunkte für die Erfüllung der angestrebten Schülerzahlen festgesetzt werden.

<-@  
15. Einwohnerfragestunde

@-> Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann zur öffentlichen Ausschreibung der Müllabholung

Da Herr Hoffmann nicht anwesend ist, erläutert Herr Orth dessen Frage. Herr Hoffmann fragt, ob die Müllabholung in Bergisch Gladbach öffentlich ausgeschrieben werde und ob sich die Stadtverwaltung eine Reduzierung der Müllgebühren von einer solchen Ausschreibung verspräche.

Herr Orth führt aus, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da nicht bekannt sei, auf welche Müllabholung (Restmülltonne, Papiertonne etc.) sich die Frage von Herrn Hoffmann beziehe. Aus diesem Grund werde die Frage schriftlich beantwortet.

Einwohnerfrage des eingetragenen Vereins „Bergisch Gladbacher Tafel“ durch Frau Schlemper zur Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für den Betrieb der Tafel

Frau Schlemper stellt folgende Frage: „Mit welchen konkreten Maßnahmen kann der Bürgermeister den Bergisch Gladbacher Tafel e. V. bei der Beschaffung und Sicherung von geeigneten Räumlichkeiten für den Tafelbetrieb unterstützen?“ Seit Mai 2006 bitte der Verein die Stadtverwaltung diesbezüglich um Unterstützung.

Herr Orth antwortet, dass er die bürgerschaftliche Initiative zur Schaffung einer Tafel in Bergisch Gladbach begrüße. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Versorgung von hilfebedürftigen Menschen sei wichtig. Jenseits der existenziellen Grundsicherung durch staatliche Transferleistungen nach entsprechenden gesetzlichen Vorschriften sei eine weitergehende Versorgung wünschenswert. Solche Initiativen kenne er bereits aus seiner früheren Tätigkeit in Köln und habe dort sehr gute Erfahrungen - auch konzeptioneller Art - mit der Organisation einer Tafel gemacht. Allerdings sei dort zumindest überwiegend die Vergabe über die bestehenden sozialen Einrichtungen organisiert. Ein solcher dezentraler Ansatz, angekoppelt an bereits bestehende Beratungs- und/oder Betreuungseinrichtungen, scheine ihm bezogen auf Bergisch Gladbach auch besonders sinnvoll. Insoweit biete er der Tafel, gerade auch für die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aber auch anderen denkbaren Kooperationspartnern, seine Unterstützung an. Dies sei auch bereits erfolgt. Unabhängig davon habe die Verwaltung die Möglichkeit der Inanspruchnahme städtischer Liegenschaften geprüft. Im Ergebnis scheine keine Liegenschaft in städtischem Eigentum verfügbar zu sein, die für die Aufgabe geeignet wäre. Auf Grund der äußerst schwierigen Haushaltslage sei der Stadt die Übernahme einer neuen, zusätzlichen freiwilligen Leistung - als solche wäre die finanzielle Unterstützung der Tafel zu bewerten - nicht möglich, es sei denn, eine bereits bestehende freiwillige Leistung würde an ihrer Stelle gestrichen. Der „Korridor“ habe aber im Haushaltsentwurf für 2007 bereits ohne eine Förderung der Tafel einen Fehlbetrag in Höhe von 160.000,- EUR, der noch im Rahmen des Beratungsverfahrens eingespart werden müsse. Angesichts dessen sehe er sich nicht in der Lage, konkrete Zusagen über die Beschaffung oder die Sicherung von geeigneten Räumlichkeiten für den Tafelbetrieb zu geben. Die Verwaltung werde aber weiterhin bemüht sein, die Tafel in ihrem Anliegen zu unterstützen. Er verweise im Übrigen auch auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Herr Orth fügt hinzu, dass eine entsprechende Initiative zur Gründung einer Tafel, die schon mehrere Jahre zurückliege, auch von ihm und einigen Mitgliedern der SPD-Fraktion unternommen worden sei und man auf die gleichen Sachverhalte gestoßen sei und wüsste, dass es schwierig sei, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Die Verwaltung habe sich schon frühzeitig, noch bevor der Verein offiziellen Kontakt aufgenommen habe, um Klärung und Prüfung bemüht, sei aber leider bis heute nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen.

Frau Schlemper bittet um Rat, wie der Verein die Hilfsbereitschaft von Sponsoren und anderen Helfern unter diesen Umständen aufrechterhalten könne.

Herr Orth bietet Frau Schlemper dazu ein persönliches Gespräch an.

Frau Ryborsch erläutert die Frage der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN (Tischvorlage) zu diesem TOP.

Im Folgenden werden von Ratsmitgliedern Räumlichkeiten zur Unterbringung der

Tafel vorgeschlagen:

- Ratskeller im Rathaus Konrad-Adenauer-Platz und im Rathaus Bensberg
- Räume des Bürgerbüros Bensberg
- Anmietung eines leer stehenden Ladengeschäftes
- Gelände DRAECO
- Evangelische Gnadenkirche

Herr Orth verweist darauf, dass die genannten Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stünden, da für sie eine andere Nutzung vorgesehen sei bzw. schon bestehe. Es gebe keine verfügbaren städtischen Räumlichkeiten bzw. Mittel, die Räume für die Nutzung durch die Tafel auszustatten oder Räume zu mieten. Die Räumlichkeiten sollten zudem möglichst dezentral liegen.

Herr Hastrich ergänzt, dass auch schon Gespräche mit Kirchengemeinden geführt worden seien, die bisher ergebnislos verlaufen seien.

Herr Schmickler ergänzt, dass der Ratskeller Bensberg als Archiv genutzt werde und eine solche Nutzung auch für Bergisch Gladbach vorgesehen sei.

<-@

9. **Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte "Bollerwagen" in Refrath**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte „Bollerwagen“ in Refrath wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen behandelt und die Entscheidung in die Ratssitzung am 01.03.2007 vertagt.

<-@

10. **Jahresrechnung 2005**

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

1. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresrechnung 2005 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2005 wird beschlossen.
3. Dem Bürgermeister wird gemäß § 94 Abs. 1 GO NW für das Jahr 2005 Entlastung erteilt.

<-@

11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> 1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) die Bilanz der städtischen Feuerwehr Bergisch Gladbach zum 31.12.2005 in Aktiva und Passiva mit **23.040.326,02 €** und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von **5.959.276,44 €** fest.
2. Der Lagebericht 2005 wird gemäß § 26 Absatz 2 EigVO NRW festgestellt.
3. Der Jahresverlust aus 2005 von 5.959.276,44 € zuzüglich Verlustvortrag in Höhe von 962.383,68 € (Verlustvortrag zum 01.01.2005 6.387.308,68 € abzüglich Verlustausgleich in 2005 in Höhe von 5.424.925,00 €), insgesamt 6.921.660,12 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

<-@  
**12. Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KID Initiative folgenden **Beschluss**:

<-@  
 @-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

- |    |  |                  |
|----|--|------------------|
| 1. | gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2005 in Aktiva und Passiva mit                          | 211.523.121,65 € |
|    | Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von fest.                                    | 11.755.639,54 €  |
| 2. | gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2005 fest.   |                  |
| 3. | Der Jahresverlust 2005 wird  |                  |
|    | a) in Höhe von 10.448.181,90 € durch einen Verlustausgleich aus Mitteln der Stadt in 2006 abgedeckt. |                  |
|    | b) in Höhe von 1.307.457,64 € dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.                   |                  |

<-@  
**13. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006**

@-> Der Rat nimmt die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2006 genehmigten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 6.832.487,79 EUR gemäß § 82 Abs. 1 GO NRW zur Kenntnis.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2006 in Höhe von 49.218,- EUR wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NRW erteilt.

<-@

14. **Prioritätenliste 2007**

@-> Die Maßnahmen der Prioritätenliste werden in der Fassung, die dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss in der Sitzung am 07.12.2006 bekannt gegeben wurde, von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, der Fraktion KIDitiative und der Fraktion BfBB zur Kenntnis genommen.

<-@

16. **Anpassung der Betriebsatzungen der Einrichtungen "Abwasserwerk" und "Abfallwirtschaftsbetrieb" an die neue Eigenbetriebsverordnung, Bildung von Stammkapital**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BfBB folgenden **Beschluss**:

Die I. Nachtragssatzung zur Satzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach und die I. Nachtragssatzung zur Satzung für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

17. **Anpassung der Betriebsatzung der Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" an die neue Eigenbetriebsverordnung, Bildung von Stammkapital**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die I. Nachtragssatzung zur Betriebsatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

18. **Vergnügenssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Herr Schütz erläutert, dass die Fraktion KIDitiative den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Die Steuersätze müssten höher sein. Er beantragt, Steuersätze in Höhe von 12% für Gaststätten und 15% für Spielhallen zu beschließen. In der derzeitigen Finanzsituation sei es nicht richtig, auf Steuereinnahmen zu verzichten und Spielhallenbetreiber steuerlich zu entlasten.

Herr Muth antwortet, dass die Verwaltung ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu beachten habe. Die vorgeschlagenen Steuersätze seien mit dem Fachbereich 3, dem Städte- und Gemeindebund und dem Verband der Spielhallenbetreiber abgestimmt und man sei zu der Auffassung gelangt, dass die vorgeschlagenen Steuersätze an der durch das Bundesverwaltungsgericht entwickelten „Grenze der erdrosselnden

Wirkung“ lägen. Die Verwaltung habe aber bereits im Ausschuss erläutert, dass die Steuersätze angehoben werden sollen, wenn bekannt werde, dass die Steuersätze zu gering seien. Die Steuersätze sollten jedoch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Herr Lang und Herr Dr. Baemle-Courth sprechen sich für den Vorschlag der Fraktion KIDitiative aus.

Herr Lang, Herr Dr. Baemle-Courth und Herr Schütz erklären übereinstimmend, dass man eine Klage der Spielhallenbetreiber in Kauf nehmen könne.

Herr Nagelschmidt und Herr Waldschmidt sprechen sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Man wolle eine Satzung beschließen, die einer gerichtlichen Prüfung standhält.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion KIDitiative abstimmen. Für den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN, Teile der FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wird der Antrag bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich zurückgewiesen.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich mit den Stimmen von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, Teilen der FDP-Fraktion, Teilen der Fraktion KIDitiative und Teilen der BfBB-Fraktion bei einigen Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Vergütungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Die Vorlage beinhaltet:

1. die Änderung des § 8 der Vergütungssteuersatzung vom 12.12.2002 rückwirkend ab 01.01.2003
2. die Änderung der Vergütungssteuersatzung ab 01.01.2007

<-@

19. **XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

20. **Änderung der Richtlinien für die Benutzung von Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten (Benutzungsrichtlinien)**



@-> Auf eine Frage von Herrn Lang antwortet Herr Schmickler, dass die Verwaltung sich zur Zeit mit dem Thema der Überstunden von Schulhausmeistern, auch verursacht durch das von Herrn Lang angesprochene abendliche Abschließen der Sporthallen, befasse und um eine Lösung bemühe.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die zum 01.01.2003 in Kraft getretenen „Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten“ werden in Punkt 2.3 a) entsprechend der Darstellung in der Vorlage geändert.

<-@

## 21. Entgelterhöhung der städtischen Max-Bruch-Musikschule ab 01.04.2007

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die Entgelterhöhung der Musikschule wird wie in der Vorlage dargestellt beschlossen.

<-@

## 22. Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)

@-> Die Mitglieder des Rates verständigen sich dahingehend, die Bezeichnung der Richtlinie wie folgt zu ändern:

„Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und Asylbewerberleistungsgesetz“.

Frau Ryborsch spricht sich für die Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN gegen die Abschaffung des „Löwenpasses“ - und einer solchen käme der heutige Beschluss gleich - aus.

Einige Ratsmitglieder widersprechen den Aussagen von Frau Ryborsch. Man solle in Zeiten knapper Mittel den Schwerpunkt auf die Bildungsförderung legen. Dies geschehe mit der Neuregelung.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und Asylbewerberleistungsgesetz werden in der Fassung der Vorlage mit folgender Ergänzung beschlossen:

c) „Abweichend von a) und b) kann in besonderen Härtefällen für Bedarfsgemeinschaften mit schulpflichtigen Kindern für schulbezogene Aufwendungen **inklusive**

**Schulbeförderungsaufwendungen** bis zu 100,- EUR gewährt werden.

23. **VI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung)**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die VI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung) wird in der der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@  
24. **VII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- <-@  
@-> 1. Die VII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2007 vom 22.11.2006 mit Abrechnungskalkulation für das Jahr 2005 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Überdeckung im Bereich Restmüll Haushalte aus dem Jahr 2005 in Höhe von 355.578 € und 26.400 € im Bereich Restmüll sonstige Herkunftsbereiche wird gemäß § 6 Abs. 2 KAG in die Abfallgebührenkalkulation 2008 eingestellt.

<-@  
25. **I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

@-> Herr Lang überreicht der Verwaltung einen schriftlichen Fragenkatalog zur Weiterleitung an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und mit der Bitte um Beantwortung. Der Fragenkatalog ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- <-@  
@-> Die I. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@  
26. **V. Nachtragssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss**

### an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)

@-> Herr Dr. Fischer erläutert die Auffassung der FDP-Fraktion, dass der Anstieg der Regenwassergebühren um 18% überzogen und für die Bürgerinnen und Bürger schwer zumutbar sei. Trotz der hohen Kosten für Sanierungsarbeiten lasse das Kommunalabgabengesetz Spielraum, die Gebühren niedriger anzusetzen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die V. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

### 27. III. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die III. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

<-@

### 28. 1. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die 1. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

### 29. Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion, zwei Stimmen der Fraktion KIDinitiative sowie eine Stimme der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> 1. Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

2. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2007 vom 22.11.2006 mit Abrechnungskalkulation für das Jahr 2005 sind Bestandteil dieses Beschlusses. Die Überdeckung im Bereich der Räumkategorie F 1 (Reinigung Fußgängerzonen) wird in der Gebührenkalkulation 2007 in Höhe von 23.400 € verrechnet.

<-@  
**30. Bebauungsplan Nr. 6113 - Brandroster - Ergänzendes Verfahren**  
**- Beschluss zu Stellungnahmen**  
**- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Lang bittet die Verwaltung darum, der BfBB-Fraktion ein Exemplar des Bebauungsplans Nr. 6113 - Brandroster - zur Verfügung zu stellen.

Er fragt, aus welchen Gründen der ursprüngliche Bebauungsplan für unwirksam erklärt worden sei und wie dieser Fehler behoben wurde.

Herr Schmickler antwortet, dass das Bebauungsplangebiet zum Teil sowohl Flächen umfasse, die bereits vor Aufstellung des Bebauungsplans als im Zusammenhang bebauter Ortsteil bebaubar waren, als auch Flächen, die zum Außenbereich zuzurechnen, d.h. vor Aufstellung des Bebauungsplans nicht bebaubar waren. Zum Bebauungsplan gehöre eine genaue Ermittlung von Eingriff und Ausgleich. Flächen, die bereits vorher bebaubar waren, seien nicht als Eingriff zu werten und damit auch nicht auszugleichen. Flächen, die vorher Außenbereich waren, seien als Eingriff zu werten und auszugleichen. Der Ausgleich sei von den Anliegern zu tragen. Die Entscheidung des Gerichtes stütze sich auf die Frage, ob die Stadt Bergisch Gladbach in allen Einzelfällen die Abgrenzung zwischen Innen- und Außenbereich sachgerecht durchgeführt habe und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass das in einigen Bereichen nicht geschehen sei. Die Stadt habe Flächen dem Außenbereich zugeordnet, die nach Auffassung des Gerichtes dem Innenbereich zuzuordnen gewesen wären, also nicht ausgleichspflichtig waren. Dadurch wären einzelne Betroffene höher belastet worden. Der Bebauungsplan sei daraufhin entsprechend korrigiert worden.

Frau Müller-Veit antwortet auf eine ergänzende Frage von Herrn Lang, dass das Urteil nach der Heilung des Bebauungsplanes keine Auswirkungen auf den Umlegungsbeschluss habe.

Der Rat fasst jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und BfBB folgende **Beschlüsse**:

- <-@  
@->
- I. Den im Rahmen des ergänzenden Verfahrens während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 6113 – Brandroster - eingegangenen Stellungnahmen von
    - B 1 Erika Mantel wird nicht entsprochen,
    - B 2 Hans-Gerd Kierdorf wird nicht entsprochen,
    - B 3 Renate u. Dr. Bernd Richter wird nicht entsprochen,
    - B 4 Markus Jäckel wird nicht entsprochen,
    - B 5 JSM Rechtsanwälte für ihren Mandanten Jürgen Assmann wird nicht entsprochen,
    - T 1 der Deutsche Telekom wird nicht entsprochen,

T 2 dem Rheinisch Bergischen Kreis wird nicht entsprochen.

- II. Der Bebauungsplan Nr. 6113 - Brandroster - wird im ergänzenden Verfahren gem. §10 BauGB und der §§7 und 41 GO NW als Satzung beschlossen.  
Gem. § 214 Abs.4 BauGB tritt die Satzung rückwirkend zum 16.07.03 in Kraft.

<-@

31. **Bebauungsplan Nr. 76 - Im Bungert - 1. Änderung - Beschluss als Satzung**

- @-> Frau Hammelrath berichtet, dass der Planungsausschuss die Beschlussempfehlung einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion gefasst habe.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> Der Bebauungsplan Nr. 76 - Im Bungert - 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@

32. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 11.10.2006 zur Anfertigung von Niederschriften der Rats- und Ausschusssitzungen innerhalb von zwei Wochen nach der jeweiligen Sitzung und II. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach**

- @-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> Der II. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

33. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

33.1 **Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss**

- @-> Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird das Mitglied des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen Herr Hans Lauten anstelle des Herrn Joachim Schermer als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied in den Planungsausschuss entsandt.

<-@

33.2 **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 13.11.2006 zur Ergänzung der Stellvertreterliste im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann, im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, im Vergabe-**

## ausschuss, im Sozialausschuss und im Planungsausschuss

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Frau Karin Potthoff und Frau Dr. Henriette Duda werden zu sachkundigen Bürgerinnen bestellt.
2. Den mit Schreiben vom 13.11.2006 beantragten Ergänzungen der Stellvertreterlisten im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann, Im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, im Vergabeausschuss, im Sozialausschuss und im Planungsausschuss wird zugestimmt.

<-@

### **33.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.11.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Herr Ralf Nürnberger wird zum sachkundigen Bürger bestellt.
2. Den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragten Umbesetzungen im Planungsausschuss, im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW, im Vergabeausschuss, im Sozialausschuss und im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann wird zugestimmt.

<-@

### **34. Anträge der Fraktionen**

#### **34.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2006 zur Durchführung einer Werbekampagne für die Suche nach Tages- bzw. Vollzeitpflegeeltern**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2006 zur Durchführung einer Werbekampagne für die Suche nach Tages- bzw. Vollzeitpflegeeltern wird gem. § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

<-@

#### **34.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.11.2006 zur Einhaltung des Haushalts-sicherungskonzeptes bei möglichen Mindereinnahmen im Baulandmanagement**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 28.11.2006 zur Einhaltung des Haushaltssicherungskonzeptes bei möglichen Mindereinnahmen im Baulandmanagement wird gem. § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung ohne Aussprache an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss überwiesen.

<-@

### 35. Anfragen der Ratsmitglieder

#### 35.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Räumlichkeiten für den eingetragenen Verein Bergisch Gladbacher Tafel

@-> Die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2006 zur Bereitstellung von Räumen für die Bergisch Gladbacher Tafel e.V. wurde unter TOP A 15 behandelt (siehe auch Vorlage 647/2006).

<-@

#### 35.2 Weitere Anfragen der Ratsmitglieder

@-> Herr Dr. Mieke: Anfrage zur Renovierung der Schule am Mohnweg

Herr Dr. Mieke bittet um einen schriftlichen Sachstandsbericht zum Stand der Renovierung der Schule am Mohnweg.

Frau Ryborsch: Anfrage zum Sportplatz Milchbornthal

Frau Ryborsch möchte bestätigt wissen, dass es bezüglich der Länge der Laufbahn auf dem Sportplatz Milchbornthal keinen politischen Beschluss gebe und dass der Rat sich mit diesem Thema Anfang des kommenden Jahres befassen werde.

Dies wird von Herrn Orth bestätigt.

Herr Schwamborn: Anfrage zur Leitung der Stadtbücherei im forum

Herr Schwamborn fragt, ob es sich bei der Stelle „Leiterin/Leiter der Stadtbücherei im forum“ um eine „Direktorenstelle“ handle. Im Telefonbuch sei die Organisationseinheit „Direktion“ aufgeführt.

Herr Orth antwortet, dass es sich bei der Bezeichnung „Direktion“ lediglich um eine organisatorische Bezeichnung für die Büchereileitung handle. Die Beantwortung der Frage nach dem beamtenrechtlichen Status der Büchereileitung sei im öffentlichen Teil der Sitzung nicht zulässig.

Herr Kamp: Anfrage zu einem Parkautomaten auf dem Refrather Marktplatz

Herr Kamp erläutert, dass auf dem Refrather Marktplatz ein Parkautomat aufgestellt sei, für den dort keine Verwendung bestehe. Er fragt, ob man diesen Parkautomaten der Bädergesellschaft zur Verfügung stellen könne, damit diese den Automaten auf dem Parkplatz an der Saaler Mühle aufstellen und somit dort Parkgebühren erheben

könne.

Herr Orth antwortet, dass dies nicht möglich sei. Die Bädergesellschaft sei nicht berechtigt, Parkgebühren für die Stadt Bergisch Gladbach zu erheben.

#### Herr Höring: Anfrage zum Hochwasserschutz an der Buchmühle

Herr Höring fragt im Zusammenhang mit einer möglichen Bebauung Buchmühle, seit wann es eine Verordnung zu Schutzmaßnahmen vor einem hundertjährigen Hochwasser gebe (Stichwort „HQ 100“), seit wann diese der Verwaltung bekannt sei und seit wann diese Vorschrift durch die Verwaltung angewendet werde. Er fragt weiterhin, ob es der Verwaltung möglich sei, die Verordnung den Ratsmitgliedern in zusammengefasster Form zur Verfügung zu stellen. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Frage wurde inzwischen schriftlich beantwortet. Eine Kopie des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

#### Herr Lang: Anfrage zu den Auswirkungen einer möglichen Versteigerung der Nachbargrundstücke des ehemaligen Zollamt-Grundstückes auf den Verkauf dieses Grundstückes

Herr Lang fragt, welche Auswirkungen die geplante Versteigerung der Nachbargrundstücke des ehemaligen Zollamt-Grundstückes auf den Verkauf dieses Grundstückes habe.

Herr Orth verweist zur Beantwortung auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

#### Herr Ziffus: Anfrage zum Hochwasserschutz an der Buchmühle

Herr Ziffus fragt, ob es richtig sei, dass die Kapazität der Strundeerrohrung im Bereich Buchmühle etwa 10 Kubikmeter pro Sekunde betrage, für eine Abführung des maximal denkbaren Hochwassers jedoch eine benötigte Kapazität von ca. 20 Kubikmetern pro Sekunde berechnet worden sei. Außerdem pumpe ein Saugbauwerk an der Buchmühle Wasser in die Strunde und es gebe seit Kurzem einen Verbindungskanal vom Odenthaler-Straßen-Kanal zur Strunde. Beides werde bei kommenden Hochwassern erhebliche Wassermengen zusätzlich in die Strunde einleiten.

Herr Schmickler antwortet, dass die derzeitige Kapazität der Verrohrung für die Abführung eines Jahrhundert-Hochwassers im Bereich Buchmühle tatsächlich nicht ausreichend sei. Man habe in den letzten Jahren an vielen Stellen Hochwasser-Probleme gehabt und vieles getan, um diese zu beseitigen. Mit dem angesprochenen Abschnitt der Strunde habe es aber nie Probleme gegeben. Der Eintritt eines solchen Ereignisses sei daher zwar nicht auszuschließen, jedoch sehr unwahrscheinlich.

#### Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Nutzung einer Grünfläche an der Ecke Paffrather Straße/Handstraße/Dellbrücker Straße



Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, dass eine städtische ehemalige Grünfläche an der Ecke Paffrather Straße/Handstraße/Dellbrücker Straße an einen namhaften Bauunternehmer verpachtet und von diesem an zwei Werkstätten bzw. Tankstellen weiterverpachtet worden sei. Auf einer ehemaligen Grünfläche werde also jetzt ein für das Landschaftsbild unattraktives Gewerbe betrieben. Angrenzend an das Grundstück liege außerdem das Naturschutzgebiet Dellbrück. Er bittet dazu um eine kurze Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Frage wurde inzwischen schriftlich beantwortet. Eine Kopie des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur künftigen Nutzung der Räume des Bürgerbüros Bensberg

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, welche Pläne die Verwaltung zur künftigen Nutzung der Räume des Bürgerbüros Bensberg verfolge. Herr Orth habe angedeutet, dass es bereits Pläne für die künftige Nutzung gebe.

Herr Orth verweist auf eine Beantwortung dieser Anfrage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@